

L547F18

## Kein weiser Ratschlag

VON JOSEF JOFFE

Ein Staatssekretär, der keiner ist, geistert durch die deutschen Zeitungen. Richard Perle ist zwar bloß Ministerialdirektor im Pentagon, aber er ist kein unwichtiger Mann im Washington der Reagan-Ära. Stets weichen Wortes, hat er den Deutschen – zumal der SPD – schon öfters Hartes zu sagen gehabt und so auch diesmal in einem Gespräch mit der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. Wie allen Europäern empfahl er der Bundesrepublik, „mehr in Verteidigung, Forschung und Entwicklung zu investieren“. Woher denn das Geld zu nehmen sei – etwa aus dem Sozial-Budget? „Nein“, erwiderte Perle, „Sie brauchen keine sozialen Pläne zu beschneiden. Sie können anfangen, indem Sie die Kredite für die DDR kürzen.“

So mancher christdemokratische Wahlkämpfer wird sich an diesem Wochenende auf die Zunge gebissen haben – nach der Devise: „Wer braucht bei solchen Freunden noch Feinde?“ In der Ost- und Deutschlandpolitik muß die Union ohnehin die Attacken einer Opposition abwehren, welche die Bundesregierung nicht nur des Vasallentums gegenüber dem atlantischen Verbündeten bezichtigt, sondern ihr auch noch unterstellt, mit ihrer Westpolitik regelmäßig Chancen im Osten zuzuschütten. Da ist es nicht hilfreich, von amerikanischer Seite praktisch bescheinigt zu bekommen, was die Bonner zu Recht immer abgestritten haben: einen Zielkonflikt zwischen Bündnis- und Deutschlandpolitik. Entsprechend gereizt fielen denn auch die regierungs(un)amtlichen Reaktionen aus. Von „Einmischung“ war die Rede und von „absurden Äußerungen“. Überdies gewähre die Bundesregierung der DDR keine Kredite.

Derlei Argumente sind nicht so schlagkräftig wie andere, unausgesprochene. Natürlich verleiht der eine deutsche Staat kein Geld an den anderen. Das besorgen die Banken. Nur: Da gibt es auch den berühmten „Swing“, den zinslosen Überziehungskredit im innerdeutschen Handel (von derzeit 850 Millionen Mark), der eine Art permanentes und kostenloses Darlehen darstellt. Und die privaten Kredite der Banken werden wiederum durch eine Bundesbürgschaft abgesichert, was einer indirekten Subvention entspricht. Treffsicherer wäre da der Verweis auf das Gebaren jenes amerikanischen Bankenkon-sortiums gewesen, das 1985 der DDR 600 Millionen Dollar zugeschoben hat – und zwar zu den besten Konditionen, die Ostberlin seinerzeit ohne politische Konzessionen erhalten konnte.

Aber auch dies ist eher ein Debatten-Hieb, nicht der beste Einwurf gegen die Wünsche des Weinberger-Vertrauten. Ohne sich dessen vielleicht bewußt zu sein, hat Perle mit seinem Ansinnen „Mehr Rüstungs-, weniger Deutschlandpolitik“ an einem ungeschriebenen Passus der deutschen Bündnis-Bindung gerüttelt, der gera-

dezu Verfassungscharakter hat. Grundbedingung des westdeutschen NATO-Beitritts war – und bleibt – eine legitime Sonderbeziehung zum anderen deutschen Teilstaat. Den „Swing“ hat schon Adenauer eingerichtet, desgleichen die Zollfreiheit über den „Eisernen Vorhang“ hinweg, welche die DDR praktisch zum 13. Mitglied der Europäischen Gemeinschaft macht. Doch wirkt das Rüttelmoment noch tiefer – nämlich bis in den Kern der zwischendeutschen Beziehungen. Gerade die Kohl-Regierung, die seit 1982 peinlichst darauf bedacht ist, keinen Schatten des Zweifels auf die West-Verankerung der Zweiten Republik fallen zu lassen, hat für dieses Quid ein politisches Quo gefordert und erhalten: einen breiten Spielraum für eine Sonderentspannung (neudeutsch: Verantwortungsgemeinschaft) in Deutschland – und zwar unabhängig von Temperaturstürzen im Klima der Großmächte.

Den Westdeutschen zu verwehren, auf die Ostdeutschen mit Geld einzuwirken, ist deshalb kein weiser Ratschlag – erst recht nicht aus dem Munde eines scharfsinnigen Strategen wie Perle, der eigentlich wissen muß, daß sich die deutschen und amerikanischen Interessen hier decken. Denn die Bande zwischen Bonn und Ostberlin verstricken auch die DDR, den Westlandsdegen der östlichen Supermacht. Und: Je länger die Leine in Richtung DDR, desto fester Bonns Bindung an die amerikanische Allianz, weil so der Zielkonflikt zwischen Bündnis- und Deutschlandpolitik gar nicht erst entstehen kann.

Doch enthalten Perles Wochenend-Worte noch andere Sentenzen, die Bonns geschärfte Aufmerksamkeit verdienen. Die Westeuropäer, mahnt Perle, haben mit Bevölkerung und Sozialprodukt die USA längst überflügelt. Warum aber geben sie nur halb so viel wie Amerika für die Verteidigung aus, während sie sich gleichzeitig das Gewohnheitsrecht nehmen, die Schutzmacht regelmäßig mit einem „Chor von Protest“ zu überziehen? So spricht nicht nur der „Falke“ Perle, sondern ein Großteil des Washingtoner Establishments, der von Republikanern wie Kissinger bis zu Demokraten wie Brzezinski reicht – mit präsumtiven Präsidentschaftskandidaten wie Sam Nunn und Gary Hart in der Mitten. Sie alle fordern den Abzug amerikanischer Soldaten aus Europa – und dies im Zeichen von Reykjavik, das „Entnuklearisierung“ heißt und konventionelle Kampfkraft noch kostbarer macht als je zuvor. Wo selbst besonnenen NATO-Freunden wie Kissinger das Ressentiment gegen den „Euro-Egoismus“ das Wort führt, werden sich die Europäer mehr einfallen lassen müssen als gebetsmühlentaftige Zahlenspielerien, die den USA beweisen sollen, was sie noch nie geglaubt haben: daß es eine gerechte Lastenverteilung im Bündnis gebe.